DGB BILDUNGSWERK BUND

NEWSLETTER

NORD|SÜD *news* II/2022

Foto: Oleksandr Ratushniak/ UNDP Ukraine

Novoselivka bei Chenihiv am 11. April 2022: Krieg

Gewerkschaftsbewegung weltweit: Ukraine

Das Schlimmste verhindern

Im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine steht auch das Arbeitsrecht unter Druck – von der eigenen Regierung. Ein baldiger EU-Beitritt könnte helfen, sagt ein Jurist.

Die Schlagwörter heißen »Entsowjetisierung«, »Optimierung der Arbeitsgesetzgebung«, »Abschied vom kolonialen Erbe« und »Liberalisierung«. Ausgegeben werden sie von der ukrainischen Regierung – und sie bedeuten nichts anderes als dass Arbeitnehmer_innenrechte unter Druck geraten und aufgeweicht werden. Im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine schreiben die Gesetzgeber in Kiew das Narrativ, dass wer sich vom sowjetischen Erbe trennen wolle, auch eine andere Arbeitsgesetzgebung brauche.

Schon am 23. März unterzeichnete Präsident Wolodimir Selenski das Gesetz über das Arbeitsrecht im Krieg. Es berechtigt Arbeitgeber, Kollektivverträge gänzlich oder teilweise aufzuheben. In systemrelevanten Bereichen dürfen sie die wöchentliche Arbeitszeit außerdem von 40 auf 60 Stunden erhöhen. Besonders ärgerlich findet Jura Samojlow, Vorsitzender der Unabhängigen Gewerkschaft der Beschäftigten in Metallindustrie und Bergbau (NPGU) in Kriwij Rih, Selenskis Heimatstadt, dass das Gesetz im Turboverfahren und ohne Aussprache im Parlament verabschiedet wurde. »90 Prozent der Abgeordneten hatten nicht die Zeit, den Gesetzestext zu lesen«, sagte Samojlow den Nord Süd News.

Die NGO Sozialni Ruch (Soziale Bewegung) hat auf ihrer Website eine schwarze Liste von Arbeitgebern erstellt, die jetzt schon von der Möglichkeit Gebrauch machen, Tarifverträge einseitig ganz oder teilweise außer Kraft zu setzen. Darin findet sich unter anderem das Atomkraftwerk →

Inhalt

Gewerkschaftsbewegung weltweit
Das Schlimmste verhindern ..... S. 1
Belarus: Repression und Widerstand ..... S. 2
Positionen: Klare Kante gegen den Krieg ..... S. 3
Labour 7 Gipfel 11.–13.5.2022 Berlin ..... S. 4
Internationale Solidarität: »Wir sehen, dass alle Regierungen die Mittel kürzen« ..... S. 5
Lateinamerika: »Wir müssen auf die ganze Gesellschaft zugehen« ..... S. 6

Aus den Projekten
Schlüsselstelle Regionalkoordinatorin ..... S. 7

In Kürze
SDG: Rückstand zur Halbzeit
Kinderarbeit: Durban Call to Action
Autokonzerne mischen mit
112 Millionen Arbeitsplätze weg
Social Contract mit Genderperspektive ..... S. 8

➔ Tschernobyl, die Eisenbahn, das Hafenwerk Odessa und die Kiewer U-Bahn.

Ein neuer Gesetzentwurf mit der Nummer 5371, der die erste Lesung im Mai passiert hat, geht noch weiter. Er betrifft 73 Prozent aller Beschäftigten in der Ukraine, nämlich alle, die in kleinen und mittleren Unternehmen arbeiten. Vitaliy Dudin, Arbeitsrechtsexperte und Vorsitzender der Sozialnij Ruch, sieht das Vorhaben als schweren Angriff auf die Sozialpartnerschaft. Und der Arbeitsrechtler Georgi Sandul kritisiert auf opendemocracy.net, dass der Gesetzgeber Arbeitgebern damit weitere Kündigungsgründe in die Hand gebe.

Letztlich werde das Gesetz 5371 die Kollektivverträge abschaffen und durch individuelle Verträge ersetzen, erklärt NPGU-Chef Samojlow. Auch Dudin geht davon aus, dass die Gewerkschaften mit Inkrafttreten dieses Gesetzes weiter an Bedeutung verlieren werden. Und das sei gefährlich: »Derartige Gesetze, die die Rechte von Arbeiter_innen und Gewerkschaften einschränken, gefährden den sozialen Frieden. Und während wir Arbeitenden bei steigenden Preisen häufig unseren Lohn erst sehr spät ausbezahlt bekommen, sitzen die Besitzer der Bergwerke, die Oligarchen, im sicheren Ausland, kommen nur ganz selten im Werk vorbei, machen dabei ein Selfie vor dem Betrieb, umringt von Soldaten – und sind dann wieder weg«, so Samojlow. Das mache die Arbeiter_innen wütend.

Auch Dudin sieht den sozialen Frieden gefährdet. Die Gewerkschafter_innen, sagt der Jurist, seien wohl auch deswegen in der Vergangenheit so ruhig gewesen, weil sie sich einen derartigen Angriff auf ihre Rechte nicht hätten vorstellen können. Dabei sind die Gewerkschaften dem Staat in der aktuellen Situation gegenüber ausgesprochen loyal. Sie übernehmen Aufgaben, die eigentlich dessen Sache sind, stellen ihre Sanatorien für Binnenflüchtlinge zur Verfügung, die Lehrergewerkschaften helfen bei der Unterbringung von Geflüchteten in Schulen, Gewerkschaftsmitglieder, die bei der Bahn oder Busunternehmen Menschen auf der Flucht oder Hilfsgüter transportieren, machen derzeit sehr viele Überstunden.

»Und außerdem stehen wir noch unseren Kumpels in den besetzten Gebieten mit Rat und Tat zur Seite«, erklärt Samojlow. Wie genau diese Unterstützung aussieht, will er indes nicht verraten, weil der fürchtet, dass einige Informationen seine Kolleg_innen gefährden könnten.

Arbeitsrechtler Dudin setzt auf Europa. Wenn die Ukraine in die Europäische Union wolle, sagt er, müsse sie sich auch an das dort geltende Arbeitsrecht halten. Man müsse sich das Bestreben der Ukraine nach einem EU-Beitritt also zunutze machen und ein Moratorium der Gesetze fordern. »Das wäre doch im Geist einer Integration nach Europa«, so Dudin im Gespräch mit opendemocracy.net.

Leicht wird der Kampf nicht sein. Das Kriegsrecht erlaubt weder Demonstrationen noch andere öffentliche Veranstaltungen. Der Krieg zehrt auch an den Gewerkschaften, viele Funktionär_innen und Mitglieder sind an der Front, gleichzeitig steigt die Arbeitslosigkeit. Die Internationale Arbeitsorganisation ILO schätzt, dass die Ukraine seit Beginn des Krieges 4,8 Millionen Arbeitsplätze verloren hat – eine Zahl, die bei anhaltenden Kämpfen auf 7 Millionen steigen könnte. Zu Beginn des Krieges gab es etwas mehr als 16 Millionen offizielle Arbeitsplätze in der Ukraine.

Autor: Bernhard Clasen ist Journalist, er lebt in Kiew und Mönchengladbach

Gewerkschaftsbewegung weltweit: Belarus

Repression und Widerstand

Das belarussische Regime treibt die Zerschlagung der unabhängigen Gewerkschaften voran.

Ihre Anwesenheit sei »eine völlige Farce«, schimpfte Atle Høie auf der 110. Internationalen Arbeitskonferenz Anfang Juni in Genf. Høie ist Generalsekretär des globalen Industriegewerkschaftsbundes IndustriALL – und seine große Verärgerung galt dem belarussischen Regime.

Neben den Delegierten der Arbeitnehmenden und der Arbeitgebenden war zwar auch eine achtköpfige Abordnung der Regierung aus Minsk angereist, wo der Ausschuss zur Einhaltung der Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO von ihr auch Antworten zu Berichten über die Unterdrückung der unabhängigen Gewerkschaften in Belarus erwartete. Doch noch während der Konferenz trieb Minsk die Zerschlagung der Bewegung zu Hause weiter. Generalstaatsanwalt Andrej Schwed beantragte beim Obersten Gerichtshof die Auflösung der meisten unabhängigen Gewerkschaften – des Belarussischen Kongresses der Demokratischen Gewerkschaften (BCDP), der Freien Gewerkschaft von Belarus (SPB), der Freien Gewerkschaft der Metallarbeiter (SPM), der Weißrussischen Unabhängigen Gewerkschaft der Bergleute, Chemiker, Ölraffinerien, Energieingenieure, Transportarbeiter, Bauarbeiter und anderen Arbeitern (BNP) sowie der Belarussischen Gewerkschaft der Arbeitnehmer der Radio- und Elektronikindustrie (REP). Schwed warf ihnen vor, dass sie »politisch tätig« und ihre Führer an »zerstörerischen Aktivitäten« beteiligt seien.

Die Regierungsvertreter_innen hätten keinerlei Absicht gehabt, den Ausschuss ernst zu nehmen, sagte Høie. Es geht vor allem um die Missachtung der Konvention 87, dem Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts, das zu den ILO-Kernarbeitsnormen gehört. In Belarus ist es seit 1956 in Kraft. Bereits 2004 zeigte ein erster Untersuchungsbericht der UN-Sonderorganisation Missstände auf. Inzwischen hat die belarussische Regierung nicht nur die Arbeitsrechte weitgehend geschliffen, sondern auch die Gewerkschaftsbewegung immer weiter unterdrückt. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine hat Minsk nun immer mehr Gewerkschaftsvorsitzende und andere Aktive inhaftiert. Anfang April stufte der Staatsschutz zunächst die REP als »extremistisch« ein.

Als »Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat«, schätzt Maria Taradetskaja von der SPB einen Auftritt von Staatspräsident Aleksandr Lukaschenko von Mitte April ein, bei dem

Foto: CC0 1.0

Protest in Minsk

dieser »mehr Repression« forderte. Anlass war der zunehmende Widerstand der belarussischen Bevölkerung gegen eine aktive Beteiligung am russischen Krieg, der sich in Sabotageakten und Hackerangriffen an und auf Infrastruktur äußert.

Taradetskaja war damals stellvertetende Vorsitzende der Gewerkschaft. Sie studierte gerade in Berlin und plante, bald nach Belarus zurückzukehren. Doch direkt nach Lukaschenkos Äußerung schlug der Staatsschutz dort zu. 20 Gewerkschafter_innen wurden verhaftet, mehrere Büros durchsucht. Anfang Juni waren 10 der Aktiven immer noch in Haft. Taradetskaja führt den Kampf nun von Berlin aus weiter.

Der ILO-Ausschuss für die Anwendung der Normen erklärte seine »tiefste Besorgnis« in einer Resolution und forderte die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschaftsführer_innen. Bis zum 1. September soll Minsk zudem in Absprache mit den Sozialpartnern einen Bericht vorlegen, »der Informationen über die Anwendung des Übereinkommens in Recht und Praxis« enthält.

Autorin: Beate Willms

Klare Kante gegen den Krieg

Foto: Jörg Farys

Setzten klare Zeichen: die Delegierten auf dem diesjährigen DGB-Bundeskongress

Auf dem 22. Ordentlichen DGB-Bundeskongress nehmen internationale Themen einen herausragenden Platz ein. Schließlich geht es auch um eine neue Herausforderung: den russischen Überfall auf die Ukraine

Den wenigen geladenen internationalen Gästen fiel es sofort auf: Im großen Sitzungssaal des Estrel-Hotels in Berlin-Neukölln herrschte eine Atmosphäre des Friedens und der Harmonie. Zu groß war der Druck der Außenwelt, als dass sich die Delegierten des 22. Ordentlichen Bundeskongresses (OBK) des DGB mit kleinlichen Debatten aufhalten oder gar auseinanderdividieren lassen wollten. Die noch immer nicht beendete Corona-Pandemie tritt seit dem brutalen, völkerrechtswidrigen Überfall russischer Truppen auf die Ukraine nahezu in den Hintergrund. Die friedenspolitische DNA der Kongressdelegierten erforderte eine Auseinandersetzung mit Krieg und Frieden in einer Intensität, die sich die Mehrheit drei Monate vor dem Kongress so nicht hatte vorstellen können.

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine

Für die Kongressdynamik war deshalb die Debatte richtungsweisend, die den Initiativantrag I001 betraf. »Krieg gegen die Ukraine sofort beenden. Transformationskurs halten, wirtschaftliche und soziale Kriegsfolgen abfedern. Rahmenbedingungen für Frieden und Sicherheit in Europa neu bewerten« war dessen Titel. Der Fokus lag darauf, wo Gewerkschaften, Bundesregierung, die Europäische Union und ihre transnationalen, transatlantischen Verbündeten unmittelbar gefordert sind, um den Menschen in der Ukraine zu helfen und ihnen humanitäre Unterstützung zukommen zu lassen. Gleichzeitig wird im Antrag die Anforderung beschrieben, die schweren sozialen, ökonomischen Folgeschäden des Krieges und der gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen gegenüber den Beschäftigten in Deutschland abzuwenden. Die Frage, wie eine künftige Sicherheitsordnung in Europa und der Welt aussehen kann, wie Frieden wiedererlangt und dauerhaft gesichert werden kann, erfordert einen intensiveren Diskussionsprozess. Nur so kann die sich ändernde Lage neu bewertet werden, bestehende Positionen müssen kritisch geprüft und Kursbestimmungen gegebenenfalls geändert werden. Aus Aktualitätsgründen war der Antrag erst knapp eine Woche vor Kongresseröffnung redaktionell fertiggestellt worden.

Fazit der weitgehend konsensuellen Debatte: Der DGB bekundet seine Solidarität mit den Menschen in der Ukraine. Er verurteilt diesen völkerrechtswidrigen Akt militärischer Gewalt und die in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen. Für eine rasche Aufnahme und eine Integration der Geflüchteten aus der Ukraine muss gesorgt werden. Schließlich skizziert der Antrag zentrale Fragen der sicherheits- und friedenspolitischen Herausforderungen. Die bisherige Positionierung wurde bekräftigt, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO abzulehnen und einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf zu verhindern. Allerdings hält der DGB eine verbesserte Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr für geboten, eine Orientierung an abstrakten Summen aber nicht für sinnvoll.

Soziales Europa

Erstmals seit 20 Jahren beschäftigte sich der OBK mit den Themen Europa und Globalisierung in einem eigenen Antragsblock mit vier eigenständigen Anträgen. Der Leitantrag »Solidarisch zusammenstehen: Für ein soziales Europa als Motor für eine faire Globalisierung« setzt den Rahmen für die zukünftige Ausrichtung der europäischen und internationalen Gewerkschaftspolitik des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften. Darin formuliert sind die großen aktuellen Herausforderungen, vor denen Europa im multilateralen Kontext steht, und wertebasierte gewerkschaftliche Kernforderungen für ein soziales und souveränes Europa, das als einziger Wirtschaftsraum den Gleichschritt von sozialer und wirtschaftlicher Integration postuliert. Dieses Europa steht für Frieden, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, eine sozialökologische und digitale Transformation im Arbeitnehmer_innen-interesse, und eine Wirtschafts- und Währungsunion, die eine wirtschaftliche und soziale Konvergenz der Mitgliedstaaten ermöglicht und nicht behindert. Neue Forderungen betreffen hier die Themenfelder Arbeit und Soziales, eine europäische Asylpolitik und die Verantwortung Europas in der Welt, die zum Motor einer fairen globalen Ordnung wird.

Diese Oberthemen werden in den zwei Anträgen des Bundesvorstandes »Soziale Rechte in Europa stärken« und »Globalisierung menschenwürdig und fair gestalten« weiter ausdifferenziert und konkretisiert. Im Europaantrag werden die Webfehler der Europäischen Union thematisiert. Nach wie vor steht den wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes kein gleichwertiger Schutz der Sozial- und Arbeitsrechte →

➜ für seine Beschäftigten sowie der industriellen Beziehungen zur Verfügung. Gerade wenn die Wirtschaft wie in der Corona-Krise zum Stillstand kommt oder wegen des Ukrainekrieges unsicheren Zeiten entgegensieht, ist eine entschlossene Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte dringend geboten. Der gewerkschaftliche Anspruch, den sozialen Zusammenhalt der Europäischen Union zu stärken, wird in der Forderung nach einem Sozialen Fortschrittsprotokoll in den Europäischen Verträgen untermauert. Der gewerkschaftliche Handlungsbogen spannt sich von der Forderung nach armutsfesten Mindestlöhnen über Stärkung der Tarifverträge und Tarifbindung durch die Zulässigkeit sozialer Kriterien im Vergabe- und Beihilfenrecht, Arbeitslosenrückversicherung und EU-Mindeststandards für Arbeitslosenversicherung, hin zur Grundsicherung sowie Verstetigung des SURE-Instruments zur Absicherung des Kurzarbeitergeldes.

Als Antwort auf die Pandemie wird die Entwicklung einer krisenfesten Gesundheitsunion gefordert. Neue Beschäftigungsformen durch mobiles Arbeiten und Digitalisierung bedürfen einer europäischen Antwort, wie in Zukunft die Mitbestimmung verbessert, sozialer Dialog modernisiert sowie faire Mobilität und Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit gesichert werden. Schließlich wird eingefordert, dass die Europäische Union Motor der Gleichstellung und Antidiskriminierung wird.

Faire Globalisierung

Der europäische Bezugsrahmen bleibt auch im Globalisierungsantrag wichtiger Referenzpunkt. Darin setzt sich der DGB für eine friedliche, menschenwürdige und faire Globalisierung ein. Bausteine für die internationale Arbeit und Gewerkschaftszusammenarbeit sind: die Forderung nach Sozialschutz für alle weltweit und für nachhaltige globale Lieferketten. Was auf Bundesebene mit dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz bereits geschafft wurde, muss auf europäischer und internationaler Ebene fortgeführt werden. Ein weiterer wichtiger Bezugspunkt in der internationalen Gewerkschaftsarbeit ist die Stärkung der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und ihrer internationalen Arbeits- und Sozialstandards. Eng damit verbunden ist die Forderung nach einem gerechten Welthandel, der Arbeits- und Sozialstandards genauso in den Blick nimmt wie nachhaltiges Wirtschaften.

Erstmals definiert wird ein neuer Gewerkschaftsansatz in der Entwicklungszusammenarbeit. Deutschland ist eines der größten Geberländer. Die Ausgabenstruktur konzentriert sich allerdings hauptsächlich auf die Wirtschaftsförderung. Wirtschaftliche Entwicklung muss aber mit dem Ausbau von Sozialstrukturen und damit von Gewerkschaften einhergehen, um nachhaltig Wohlstand zu schaffen. Die Forderung nach einer europäischen Antwort auf neue geopolitische Herausforderungen sowie zum System der Global Governance definiert die Auseinandersetzung Demokratie versus Autoritarismus. In dieser neuen geopolitischen Lage muss Europa sich mit seinem Modell von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in dieser systemischen Konkurrenz selbst behaupten.

Der Kampf für Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte überall auf der Welt wird als integraler Bestandteil eines geeinten und souveränen Europas gesehen, das den sozialen Fortschritt als Bedingung von wirtschaftlichem Fortschritt definiert und sich auch gegenüber dem US-amerikanisch geprägten Verständnis einer radikalen Marktliberalisierung sichtbar abhebt.

Foto: Gordon Welters

Die Delegierten halten die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine hoch

Der Autor: Andreas Botsch leitet die Abteilung Europa und Internationales im DGB Bundesvorstand.

Labour 7 Gipfel 11.–13.5.2022 Berlin

Nach den zwei für die Gewerkschaften politisch weitgehend unbedeutenden G7 –Präsidentschaften der USA (2020, vor den Präsidentschaftswahlen) und des Vereinigten Königreichs (2021) hat Deutschland im Jahr 2022 den G7 Vorsitz inne. Aufgabe des DGB war es, als Gewerkschaftsdachverband des gastgebenden G7-Landes den sog. Labour 7 (L7) Gipfel auszurichten. In dessen Rahmen standen Gespräche mit Bundeskanzler Olaf Scholz, dem die frisch gewählte Vorsitzende Yasmin Fahimi das Papier der L7-Gewerkschaften übergab. Unter anderem wurde auf die wichtige Führungsrolle Deutschlands in Bezug auf eine friedliche Lösung in der Ukraine sowie in Bezug auf das Lieferkettengesetz und einen verbindlichen internationalen Standard zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten hingewiesen. Der Klimawandel erfordere neue Investitionen; diese dürften nicht zugunsten von Militärausgaben eingespart werden. Arbeit- und Gesundheitsschutz muss Kernarbeitsnorm werden.

Krieg, Pandemie, Klimawandel, Digitalisierung stellten große Herausforderungen für die demokratische Welt und damit auch für Gewerkschaften dar. Dies wurde in Gesprächsrunden mit Professorin Mariana Mazzucato, Christina Colclough, Staatssekretär Michael Kellner aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und Arbeitsminister Hubertus Heil im Einzelnen erörtert. Entwicklungsministerin Svenja Schulze hob die wichtige Rolle von Gewerkschaften in der Entwicklungszusammenarbeit hervor und wies auf die gute Zusammenarbeit zwischen BMZ und DGB hin.

Foto: Stefan Zeitz

»Wir sehen, dass alle Regierungen die Mittel kürzen«

Foto: Marcel Crozet / ILO

In Malawi unterstützt Mondiaal den Aufbau einer Baugewerkschaft: Baustelle in der Kasungu-Region

Die Bedingungen für Gewerkschaftsarbeit im Globalen Süden sind besonders prekär. Deshalb arbeiten die Kolleg_innen mit Nichtregierungsorganisationen und Entwicklungsorganisationen zusammen. Aber es gibt auch sogenannte TUSSO – Trade Union Solidarity Support Organisations – wie Mondiaal FNV. Geschäftsführerin Karen Brouwer erklärt, welchen Mehrwert sie haben.

Nord|Süd *news*: Welchen Ursprung hat Mondiaal FNV?

Karen Brouwer: Mondiaal FNV ist eine Stiftung des Niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV und vor etwa 50 Jahren aus dem tief empfundenen Gefühl entstanden, dass wir Organisationen und vor allem Gewerkschaften im Globalen Süden unterstützen müssen, also aus gewerkschaftlicher Solidarität. In den Niederlanden hat zu dieser Zeit das Außenministerium begonnen, diese Arbeit zu unterstützen. Es ist auch heute an Projekten von Mondiaal FNV beteiligt.

Was genau macht Mondiaal FNV?

Am Anfang ging es um Nord-Süd-Kooperation: Organisationen aus dem Norden spenden Geld oder helfen Menschen im Süden. Das hat sich geändert. Natürlich kommt immer noch viel Geld aus dem Norden, weil wir hier Zugang zu Geldern haben. Aber heute sind die Projekte in Kooperation miteinander angelegt. Es geht um Zusammenarbeit, nicht um einfache Hilfe. Wir sagen: Es ist nicht in Ordnung, dass die Menschen im Norden entscheiden, wer Geld bekommt oder was damit gemacht wird. Die Organisationen im Süden sind selbst dazu in der Lage, zu entscheiden, welche Art von Arbeit benötigt wird. Die Eigenverantwortung des Südens für Projekte ist notwendig.

Auch andere internationale Organisationen unterstützen die Gewerkschaftsarbeit im Globalen Süden. Warum braucht man zusätzlich TUSSO?

Wir haben eine wirklich einzigartige Rolle. Wir sind nicht einfach nur eine Nichtregierungsorganisation (NRO). Wir stammen aus den Gewerkschaften und sind enger mit ihrer Arbeit verbunden als NROs. Wir arbeiten im Namen der Beschäftigten und haben Verbindungen zur Gewerkschaftsbewegung und zu den Arbeitnehmenden. NROs entscheiden, ob sie in ein Land gehen oder zu einem speziellen Thema arbeiten. Für Gewerkschaftsunterstützungsorganisationen ist der Prozess anders. Wir müssen uns erst mit den Arbeitnehmenden und den dortigen Gewerkschaften verständigen und die Grundlagen schaffen, bevor wir mit der Arbeit beginnen können.

> »Es ist nicht in Ordnung, dass die Menschen im Norden entscheiden, wer Geld bekommt oder was damit gemacht wird.«

Mondiaal FNV unterstützt Projekte in Afrika, Nahost, Asien und Lateinamerika. Worum geht es dabei?

Gemeinsam ist den Projekten, dass es um die Verbesserung der Arbeitnehmerrechte und die Schaffung starker Gewerkschaften geht. Egal, ob wir Frauen in Indien unterstützen, die beim Recycling von Produkten aus der Schiffsabwrackindustrie arbeiten, den Aufbau einer Baugewerkschaft in Malawi oder Arbeiter_innen in der Obst- und Gemüsebranche oder eine Seefahrer_innengewerkschaft in Peru. Wir arbeiten auch im Textilbereich in Bangladesch. Diese große Bandbreite ist möglich, weil wir sehr flexibel sind. Wir haben verschiedene Einkommensquellen. Wir erhalten als gewerkschaftliche Solidaritätsorganisation von der Stiftung einen Prozentsatz der Mitgliedsbeiträge, um mit den Mitgliedern des Trägers Projekte auf den Weg zu bringen. Außerdem unterstützt das Außenministerium unsere Projekte. Wir haben ein Programm mit dem Außenministerium, in dem wir uns auf den sozialen Dialog fokussieren, auf Arbeitnehmer_innenrechte und die Schaffung nachhaltiger Lieferketten.

Was sind aktuell die größten Herausforderungen für Ihre Organisation?

Die Pandemie hat gezeigt, dass es in einer Welt mit hoher Einkommensungleichheit noch viele Unterschiede gibt. Viele Menschen haben keine Sozialversicherung. Wenn etwas passiert, stehen sie ohne Einkommen, ohne Ressourcen und ohne Unterstützung da. Wir müssen uns auf diese großen Probleme konzentrieren. Ein weiteres Problem: Die Gewerkschaftsmitgliedschaft schrumpft. Das bedeutet auch, dass wir über unsere Unterstützungsbasis nachdenken müssen. Wie stellen wir sicher, dass unsere Mitglieder unsere Arbeit kennen, und wie gewinnen wir Mitglieder für Gewerkschaften? Wir sehen, dass alle Regierungen die Mittel kürzen. So wird das Geld für die internationale Entwicklung immer weniger.

Was ist in dieser Lage erforderlich?

Es ist sehr wichtig, die Kräfte zu bündeln. Wir müssen uns andere Wege überlegen, um unsere Arbeit fortzusetzen. Es gibt viele Organisationen, die in ähnlichen Bereichen arbeiten. Wie können sie sich gegenseitig nutzen, um effektiver zu werden? Als TUSSO können wir darüber sprechen, auf welche Weise wir zusammenarbeiten, damit wir als gewerkschaftliche Unterstützungsorganisationen mehr Wirkung erzielen können. Wenn wir als Gewerkschaften etwas bewirken wollen, müssen wir sicherstellen, dass wir etwas Größeres schaffen als die Summe der einzelnen Teile.

Die Interviewte: Karen Brouwer ist Managing Director, eine Art Geschäftsführerin, bei Mondiaal FNV.)
Die Interviewerin: Anja Krüger ist Journalistin und lebt in Berlin

»Wir müssen auf die ganze Gesellschaft zugehen«

Nicht nur die Pandemie, auch autoritäre Regierungen und gesellschaftliche Veränderungen setzen die lateinamerikanischen Gewerkschaften unter Druck. Ihre Gegenstrategie: die Strukturen vor Ort und die Kooperation mit anderen Bewegungen stärken und so mehr Mitglieder gewinnen.

Foto: Agência Senado (CC BY 2.0)

Mehr Kooperation mit der Landlosenbewegung: Protest gegen die Zerstörung der Umwelt am 9. März 2022 in Brasilia

Es ist noch gar nicht so lange her, dass Rafael Freire zusammen mit Gewerkschafter_innen aus aller Welt im Vorfeld des G7-Gipfels im deutschen Elmau Ende Juni den deutschen Kanzler Olaf Scholz traf. Ganz oben auf der Agenda stand der Krieg in der Ukraine.

»Natürlich verurteilen wir die russische Invasion«, betont Freire jetzt in seinem Büro im uruguayischen Montevideo, wo der gesamtamerikanische Gewerkschaftsdachverband CSA seine Zentrale hat und die Nord Süd News ihn telefonisch erreichen. Der grauhaarige, dynamisch auftretende Brasilianer ist seit dreieinhalb Jahren Generalsekretär. »Aber die Lösung kann nur über Verhandlungen gelingen, wer Frieden will, muss den Frieden vorbereiten«, sagt Freire und plädiert vehement für eine multilaterale Weltordnung. Besorgt zeigt er sich über die steigenden Getreidepreise, die Aufrüstungsspirale, die zwangsläufig auf Kosten des sozialen Ausgleichs gehe, über die Zunahme von Militärbasen sowie über den sogenannten Handelskrieg zwischen den USA und China, der sich nach Pandemie und

> »Es geht um die Demokratie.«
>
> **Rafael Freire**

Krieg verschärfen werde: »Die Globalisierung wird sich verändern, und neue Kriege werden vorbereitet. Stellen wir uns einmal vor, was man mit 100 Milliarden Euro gegen den Hunger oder für die Flüchtlinge erreichen könnte!«

Über die Forderung nach Just Transition – einem »gerechten Übergang« in der Klima- und Energiepolitik – seien sich die Teilnehmer_innen des Labour7-Treffens Anfang Mai einig gewesen. »Für uns hängt das Recht auf Entwicklung mit dem Erhalt und der Ausweitung unserer Souveränität zusammen«, stellt Freire klar. Um Arbeitsplätze zu schaffen und die Ernährungssouveränität zu erhalten, sei es wichtig, lokale und regionale Produktion zu stärken und dabei Umweltfragen nicht außer Acht zu lassen. Auch deswegen müsse das EU-Mercosur-Abkommen, das in der vorliegenden Form einseitig Konzerninteressen favorisiert, »völlig neu verhandelt werden«. Der CSA-Generalsekretär plädiert für ein »Abkommen wirtschaftlicher Zusammenarbeit« auf Augenhöhe.

In den zwei Jahren seit Beginn der Corona-Pandemie ist die Lage für die lateinamerikanischen Gewerkschaften nicht leichter geworden. Der Dachverband spricht im Namen von 55 Millionen Arbeiter_innen aus 21 Ländern. Von Brasilien über Ecuador, Kolumbien oder Haiti bis Guatemala hätten autoritäre Regierungen im Interesse der Firmen Gewerkschaftsrechte beschnitten, oft per Dekret, sagt Freire. Andererseits seien manche Debatten nun leichter zu führen: »Die Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen, etwa im Gesundheits- und Bildungswesen oder im Rentensystemen, hat nun eine ganz andere Dimension bekommen. Wir brauchen einen starken Staat.«

Auf der jüngsten CSA-Strategiekonferenz in Panama ist deswegen eine »neue Etappe« eingeleitet worden. »Wir müssen wieder eine wichtige Rolle in der Gesellschaft spielen. Wir wollen weniger, dafür stärkere Gewerkschaften, mehr Mitglieder, vor allem auch unter den prekär Beschäftigten, die organisiert werden müssen, am besten mit regulären Verträgen«, erklärt Freire. Dazu wolle man die Strukturen vor Ort stärken, »zum Beispiel mit Gewerkschaftshäusern, da, wo der Staat weitgehend abwesend ist und vor allem konservative Pfingstkirchen aktiv sind«. Wichtige Bündnispartner sollen dabei die organisierten Sektoren sein, in Brasilien etwa die Wohnungslosenbewegung MTST oder die Landlosenbewegung MST: »Warum sollen wir das Rad neu erfinden, wo es schon läuft?«

Eine große Herausforderung bleibe der Wandel in der Arbeiter_innenschaft: »Man hat die Arbeiter zu sogenannten Mitarbeitern der Firma gemacht oder zu Kleinunternehmern, vielerorts nimmt die Ausbeutung den Charakter moderner Sklaverei an«, fasst der Gewerkschafter zusammen: In 80 Prozent der Länder im Einzugsbereich werde die Gewerkschaftsarbeit behindert, noch öfter das Streikrecht ausgehebelt oder die Organisierung mit Entlassung beantwortet. Die CSA wolle daher wieder eine »Arbeiter_innen-Identität« herstellen. Ohne die »Klassenagenda« zu vernachlässigen, stellten sich die Gewerkschaften immer mehr der Bekämpfung des Rassismus oder des Sexismus, auch den Anliegen der LGBTI+, sagt Freire. »Wir müssen über unsere traditionellen Themen hinaus- und auf die ganze Gesellschaft zugehen, Interessen und Identitäten zusammendenken.«

In Brasilien hat der charismatische Ex-Präsident und Ex-Gewerkschafter Luiz Inácio Lula da Silva sehr gute Chancen, im Herbst den Rechtsextremisten Jair Bolsonaro abzulösen. Doch die Rahmenbedingungen haben sich seit 2003, als Lula seine erste Amtszeit antrat, drastisch verschlechtert. »Bei den Kämpfen der nächsten Jahre wird die Zusammenarbeit mit Abgeordneten, Parteien, staatlichen Instanzen wieder wichtiger«, meint Rafael Freire, »kurz, es geht um die Demokratie«.

Der Autor: Günther Michahelles ist Journalist und lebt seit vielen Jahren in Lateinamerika, aktuell in Buenos Aires

Zur Vertiefung: Lateinamerikanische Gewerkschaften: Mit dem Rücken zur Wand

Schlüsselstelle Regionalkoordinatorin

Die globale Textilindustrie ist immer noch eine große Herausforderung für die Gewerkschaften. IndustriALL arbeitet seit Jahren auf unterschiedlichen Ebenen dazu. Ein Baustein ist die Vernetzung und persönliche Ansprache beteiligter Akteure.

Während die Covid-Pandemie in Deutschland derzeit beim Publikum vor allem die Frage aufwirft, ob Kund_innen im Supermarkt mit oder ohne Maske einkaufen, leiden die Arbeiter_innen in den Zentren der globalen Textilindustrie noch immer unter den Verwerfungen, zu denen die Lockdowns geführt haben. Nachdem die Bekleidungsmarken in den Industrieländern ganze Kollektionen stornierten, wurden Arbeiter_innen ohne Sozialversicherung massenhaft in die Armut entlassen. Die ökonomischen Auswirkungen der Covid-Pandemie in Ländern wie Bangladesch, Indien, Kambodscha oder Malaysia haben die Schwächen der textilen Lieferketten hell ausgeleuchtet.

Um Textilarbeiter_innen endlich grundlegende Arbeitnehmer_innenrechte - Arbeitslosenversicherungen, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Sozialversicherungen und Abfindungen im Kündigungsfall – zu sichern, setzen die internationale Industriegewerkschaft IndustriALL und das DGB Bildungswerk Bund darauf, lokale Akteur_innen vor Ort zu stärken. Seit vier Jahren arbeitet eine Regionalkoordinatorin in ihrem Auftrag und im Rahmen der Partnerschaft zwischen DGB und Bundesentwicklungsministerium (BMZ) daran, einen regelmäßigen Informationsaustausch der regionalen Gewerkschaften zu gewährleisten, multinational aufgestellte wichtige Textilhersteller regional zu vernetzen und so die Rechte der Gewerkschaften zu schützen – sowie, falls nötig, solidarische Unterstützung zu mobilisieren.

»Ich bin der Meinung, dass wir stärkere Gewerkschaften aufbauen müssen, um gemeinsam für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu kämpfen«, sagt Goknur Mars, die diese Aufgaben übernommen hat. Bislang habe sie sich vor allem mit Gewerkschafter_innen der Mitgliedsorganisationen von IndustriALL im asiatisch-pazifischen Raum sowie mit Vertreter_innen globaler Marken vernetzt, berichtet die Regionalkoordinatorin, die von Istanbul aus arbeitet. Das seien insbesondere Mitarbeiter_innen der Firmen, mit denen IndustriALL ein Globales Rahmenabkommen (GFA) unterzeichnet hat, beispielsweise Tchibo, Esprit, Inditex, H&M und andere Mitglieder der ACT-Initiative – eine Vereinbarung zwischen globalen Marken und IndustriALL zur Förderung von Kollektivverhandlungen und Existenzlöhnen.

Konkret besteht die Arbeit von Mars aus »täglichen Diskussionen darüber, wie Streitbeilegungen organisiert, existenzsichernde Löhne garantiert oder junge und weibliche Arbeiter_innen gestärkt werden können«, wie die Koordinatorin zuspitzt. Dazu hat ihr Büro zu diesem Themen Informationsmaterialien erstellt und in verschiedene Regionalsprachen übersetzen lassen, beispielsweise zu Globalen Rahmenabkommen. Um Informationen bereit zu stellen, recherchierte sie etwa, wie Mindestlöhne in Vietnam und Bangladesch zustanden kommen, verglich die beiden Systeme und stellte diese Information dann den Mitgliedsunternehmen zur Verfügung. Mars unterstützte die IG Metall bei der Erstellung und Durchführung von Modulen für ein Organizer Development Projekt und ist an Trainings zu sexueller Belästigung im Rahmen der IndustriALL Kampagne zur Ratifizierung des ILO- Übereinkommens 190 beteiligt. Ein weiteres Beispiel für ihre Arbeit: Sie sammelte Informationen über die Fabrikationsanlagen des taiwanesischen Mischkonzerns Pou Chen, der unter anderem Schuhe produziert, und baute Kontakte zu dem Unternehmen auf.

Foto: privat

Goknur Mars

Das Interesse an einer Zusammenarbeit ist seit Beginn ihrer Arbeit groß gewesen, berichtet Mars. Es sei hilfreich gewesen, dass sie auf verschiedenen Workshops von der IndustriALL-Direktorin für die Textil-, Bekleidungs- Schuh- und Lederindustrie Christina Hajagos-Clausen und von der Regionalsekretärin Annie Adviento mit Gewerkschafter_innen bekannt gemacht worden sei. »Wegen der persönlichen Kontakte konnte ich von Anfang an mit den richtigen Personen in den Mitgliedsorganisationen ins Gespräch kommen«, sagt Mars. Auch von Seiten der Markenvertreter habe es wenig Berührungsängste gegeben.

Vor der Covid-Pandemie war Mars für ihre Arbeit auch häufig in der Region selbst vor Ort. In Kambodscha, Indonesien, Myanmar, Thailand oder Vietnam arbeitete sie an der Gestaltung und dem Inhalt von Workshops und Schulungen mit und nahm als Referentin und Moderatorin teil. Die Pandemie habe die Arbeitsweise verändert und, wie an so vielen anderen Orten auch, wesentlich ins Netz verlagert. Die Schulungsmodule und Workshops für die Mitgliedsorganisationen seien online entwickelt worden, doch die persönliche Arbeit vor Ort ersetze das nicht vollständig, sagt Mars, »in mancher Hinsicht war es in dieser Zeit schwierig, Ergebnisse zu erzielen.« Wenn man Feldforschung betreibt, sei es doch besser, vor Ort zu sein oder die Mitgliedsorganisationen zu besuchen.

Foto: IndustriALL Global Union

Arbeiter_innen in der Yes Garment Factory Yangon Myanmar

Die Autorin: Heike Holdinghausen lebt als Journalistin in Potsdam und beobachtet die Textilindustrie seit langem

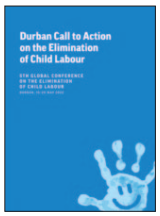
SDG: Rückstand zur Halbzeit

2015 beschlossen die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, die sogenannten SDG. Es geht um die Bekämpfung von Hunger und Armut, Gute Arbeit und den Schutz natürlicher Ressourcen. Erreicht werden sollen sie bis 2030. Zur Halbzeit in diesem Jahr hat das Forschungsnetzwerk SDSN eine umfassende Studie vorgestellt. Ernüchternde Bilanz: »Das zweite Jahr in Folge macht die Welt keine Fortschritte mehr.« Besonders bei der Umsetzung von Guter Arbeit, besserer Gesundheit und Bildung hat die Welt an Schwung verloren. Die armen Länder erholten sich zu langsam oder gar nicht von der Coronapandemie, die reichen schaffen keinen Kurswechsel bei Klimafragen oder bekommen soziale und ökologische Fragen nicht vereinbart. Der Bericht liefert nicht nur einen globalen Überblick, sondern geht ins Detail und bewertet das Engagement von 163 Staaten. Damit bietet er sehr gutes Hintergrundmaterial für die eigene Arbeit. Ob und wie die Umsetzung der Ziele verbessert werden kann, wird wiederum ein großes Thema des UN-Gipfels im September in New York sein.

Der Report: www.sustainabledevelopment.report/

Kinderarbeit: Durban Call to Action

Er soll dem Kampf gegen Kinderarbeit einen neuen Schub bringen: der Durban Call to Action. Ihn verabschiedeten die Teilnehmenden der 5. Weltkonferenz zur Beseitigung von Kinderarbeit. Die hatte die ILO, die Internationale Arbeitsorganisation, zusammen mit der südafrikanischen Regierung und anderen Mitte Mai im südafrikanischen Durban ausgerichtet. Derzeit schufteten 160 Millionen Kinder – fast jedes zehnte Kind weltweit, erklärte die ILO. Mit dem Durban Call verständigten sich die Teilnehmenden darauf, die



Anstrengungen aller Akteure zur Beseitigung von Kinderarbeit zu beschleunigen, Kinderarbeit in der Landwirtschaft zu beenden, die schlimmsten Formen von Kinderarbeit wie Zwangsarbeit, moderne Sklaverei stärker zu bekämpfen, den Zugang zu kostenloser, hochwertiger, inklusiver Bildung sicherzustellen, den Zugang zu sozialen Schutzsystem herzustellen und Finanzhilfen zu erhöhen.

Autokonzerne mischen mit

Autokonzerne haben die Verhandlungen zum geplanten Handelsabkommen zwischen der Europäischen Union und dem südamerikanischen Wirtschaftsbündnis Mercosur »erheblich beeinflusst«, so dass sie davon profitieren würden. Das kritisierten Misereor, Attac Deutschland, das Netzwerk Gerechter Welthandel und andere. Anfang Juni haben sie die Studie »Mobilitätswende ausgebremst. Das EU-Mercosur-Abkommen und die Autoindustrie« herausgegeben. Demnach würde das Abkommen den Export von Soja, Bio-Ethanol aus Rohrzucker, Rindsleder und metallischen Rohstoffen für die Automobilindustrie erleichtern und steigern. Zum Mercosur gehören Argentinien, Uruguay, Paraguay und Brasilien.

Die Studie: www.misereor.de/fileadmin/publikationen/mobilitaetswende-ausgebremst-eu-mercosur-abkommen.pdf

112 Millionen Arbeitsplätze weg

Die Zahl der weltweit geleisteten Arbeitsstunden liegt – nach deutlichen Zuwächsen im letzten Quartal 2021 – im ersten Quartal 2022 um 3,8 Prozent unter dem Vorkrisenwert (viertes Quartal 2019). Dies entspricht einem Defizit von 112 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen. Das zeigt die aktuelle Ausgabe des ILO-Monitors zur Welt der Arbeit. Schuld seien die aktuellen und miteinander verknüpften globalen Krisen, darunter: Inflation insbesondere bei den Energie- und Lebensmittelpreisen, Finanzturbulenzen, potenzielle Verschuldungsprobleme und die Unterbrechung der globalen Lieferketten, verschärft durch den Krieg in der Ukraine. Die Gefahr einer weiteren Verringerung der Arbeitsstunden im Jahr 2022 in den kommenden Monaten wachse.

Social Contract mit Genderperspektive

Die multiplen Krisen wirken nicht genderneutral. Vor allem die Folgen der Pandemie haben Frauen vielfach stärker getroffen als Männer. Diese Perspektive wird aber immer noch zu selten und zu wenig ernsthaft wahrgenommen – auch von den Gewerkschaften. Deshalb muss sich auch innerhalb der Organisationen etwas ändern: etwa mit einer 50-Prozent-Frauenquote in den Gremien des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB/ITUC. Entsprechende, gut argumentierte Empfehlungen hat die IGB-Weltfrauenkonferenz im Mai verabschiedet. Sie sollen auf dem IGB-Kongress im Herbst diskutiert werden.

Info www.ituc-csi.org/outcome-4wwc-en?msdynttrid=SKqnpT9brUbDLvqr6BCTHVWR5jdeaY4j4qjiolUo3mQ&lang=en

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e. V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer
Verantwortlich: André Edelhoff
Projektleitung: Valerie Franze
Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
Satz: Heiko von Schrenk / schrenkwerk.de

DGB Bildungswerk BUND e. V.
Nord | Süd-Netz
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 4301-329
Fax: 0211 / 4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de

www.dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de

ISSN 2748-9841

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des
BMZ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Foto: ILO Asia-Pacific

Spaß statt Schufterei

Foto: ILO

Warten auf Arbeit